

Bauwirtschaft: Nachfrageanstieg setzt sich verstärkt fort	155
Handelsverflechtung mit den kleineren RGW-Ländern auf neuem Tiefstand	163

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 12 / 83

Berlin

24. März 1983

50. Jahrgang

Bauwirtschaft: Nachfrageanstieg setzt sich verstärkt fort

Die Bautätigkeit war 1982 über das ganze Jahr hinweg rückläufig. Dabei unterschritt das reale Bauvolumen den Vorjahrsstand um 4 vH. Ein noch schlechteres Ergebnis konnte nur deshalb vermieden werden, weil die Witterungsverhältnisse vergleichsweise gut waren.

Der Wiederanstieg der Nachfrage seit Anfang letzten Jahres läßt für 1983 eine Zunahme des realen Bauvolumens um bis zu 2 vH erwarten. Neben den sinkenden Zinsen und kaum noch gestiegenen Baupreisen wirkt sich vor allem die Massierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf den Wohnungsbau, aber auch auf den Wirtschaftsbau aus. Daher kann mit einem Andauern des Nachfrageanstiegs und – mit entsprechender Verzögerung – auch mit einer Zunahme des realen Bauvolumens bis in das Jahr 1984 hinein gerechnet werden. Wegen des zuletzt sprunghaften Anstiegs der Nachfrage sind allerdings kräftige Preissteigerungen zu befürchten.

Mit einer nennenswerten Zunahme der Zahl der Beschäftigten ist im gesamten Baubereich allerdings nicht zu rechnen, da dem Anstieg im Wohnungsbau – bedingt durch den zu erwartenden Produktionsanstieg in diesem Bereich über den Produktivitätszuwachs hinaus – eine Beschäftigungsabnahme im öffentlichen Bau gegenübersteht. Der weitere Rückgang der Beschäftigten insgesamt in diesem Jahr wird zwar 1984 ausgeglichen werden; per Saldo wird jedoch allenfalls das Beschäftigungsniveau des Jahres 1982 erreicht werden.

Nachfrage und Produktion

Der kräftige Rückgang der Nachfrage nach Bauleistungen in den Jahren 1979 bis 1981 wirkte sich bis Ende 1982 negativ auf die Bautätigkeit aus. Zwar nahmen die realen, saisonbereinigten Auftragseingänge im Verlauf des vergangenen Jahres allmählich wieder zu; die Bautätigkeit erhöhte sich jedoch noch nicht, da die Auftragsbestände geschrumpft sind und die Produktion auf Änderungen der Nachfrage nur mit erheblicher Verzögerung reagiert. Der saisonbereinigte Anstieg des Bauvolumens im vierten Quartal 1982 ist nicht nachfrage-, sondern witterungsbedingt. Bei witterungs- und arbeitstäglicher Bereinigung war die Entwicklung des Bauvolumens auch im vierten Quartal deutlich weiter nach unten gerichtet.

Wegen der vergleichsweise sehr guten Witterungsverhältnisse¹ im ersten und letzten Quartal war das

reale Bauvolumen 1982 nur um 4 vH niedriger als im Vorjahr. Bei witterungs- und arbeitstäglicher Bereinigung² ist die Abnahme des realen Bauvolumens für 1982 jedoch wesentlich höher zu veranschlagen. Sie dürfte bei etwa 9 vH gelegen haben. Der öffentliche Bau war von der Rezession stärker betroffen als der Wohnungsbau; auch der Wirtschaftsbau mußte Einbußen hinnehmen. Im Ausbaugewerbe wurde 1982 – wie 1981 – die Produktion stärker einge-

¹ Die Ausfalltagewerke im ersten Quartal 1982 lagen um 18 vH, im vierten Quartal um etwa 53 vH unter dem langfristigen Durchschnitt; sie lagen im ersten Quartal um 30 vH, im vierten Quartal 1982 um 70 vH unter denen des Vorjahres.

² Eine Witterungsbereinigung anhand von Witterungsfaktoren erfordert außer der Heranziehung der Ausfalltagewerke die Berücksichtigung der durchschnittlich ausgefallenen Arbeitsstunden, des Arbeitsstundenpotentials und der effektiv geleisteten Arbeitsstunden.

Entwicklung des Bauvolumens¹⁾ nach Baubereichen

Jahr	Wohn- bauten	Wirtschaftsbau			Öffentlicher und Verkehrsbau				Bauvolumen Insgesamt	
		Insgesamt	Hochbau	Tiefbau	Insgesamt	Hochbau	Strassen- bau	Sonstiger Tiefbau		
<u>Bauvolumen zu jeweiligen Preisen in Mill.DM</u>										
1981	I	23890	13800	10390	3410	11650	5050	2570	4030	49340
	II	32680	17660	13090	4570	18600	6710	5420	6470	68940
	III	33600	18510	13740	4770	19260	7120	5570	6570	71370
	IV	31110	17650	13030	4620	16870	6800	4370	5700	65630
	Jahr	121280	67620	50250	17370	66380	25680	17930	22770	255280
1982	I	23180	13900	10460	3440	10990	5180	2240	3570	48070
	II	31850	17880	13290	4590	17220	6760	4720	5740	66950
	III	33100	18720	14000	4720	18130	7150	4970	6010	69950
	IV	31400	17940	13340	4600	16910	6920	4290	5700	66250
	Jahr	119530	68440	51090	17350	63250	26010	16220	21020	251220
<u>Preisentwicklung (1970 = 100)</u>										
1981	I	195.3	175.7	177.8	169.5	181.3	191.3	174.7	174.2	186.1
	II	199.8	179.8	182.3	173.0	183.9	195.4	178.0	178.1	190.0
	III	201.5	180.8	183.5	173.4	184.7	196.9	178.2	178.3	191.2
	IV	202.3	181.9	185.1	173.5	184.6	198.2	175.8	177.0	191.8
	Jahr	200.0	179.8	182.4	172.5	183.9	195.7	177.1	177.2	190.0
1982	I	205.6	184.2	187.3	175.2	187.1	200.9	174.7	177.3	194.6
	II	206.7	185.4	189.0	175.8	185.5	202.4	173.8	177.8	195.0
	III ²⁾	207.8	185.3	188.9	175.3	185.2	203.1	172.8	177.2	195.3
	IV	207.8	185.8	189.8	175.1	185.1	203.0	172.1	176.1	195.4
	Jahr	207.1	185.2	188.8	175.4	185.6	202.4	173.2	177.1	195.1
<u>Bauvolumen zu Preisen von 1970 in Mill. DM</u>										
1981	I	12235	7855	5843	2012	6425	2640	1471	2314	26515
	II	16359	9822	7180	2642	10112	3434	3045	3633	36293
	III	16674	10238	7486	2751	10425	3616	3125	3684	37337
	IV	15379	9702	7040	2662	9137	3432	2485	3220	34218
	Jahr	60647	37617	27549	10068	36099	13121	10127	12851	134363
1982	I	11276	7547	5584	1963	5874	2579	1283	2013	24697
	II	15405	9645	7033	2611	9286	3340	2716	3229	34335
	III	15932	10104	7411	2693	9788	3521	2875	3391	35823
	IV	15113	9657	7030	2627	9138	3408	2493	3237	33907
	Jahr	57725	36952	27058	9894	34085	12848	9367	11870	128763
<u>Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH</u>										
1981	I	- 15.3	- 8.7	- 9.3	- 7.1	- 16.4	- 10.3	- 26.7	- 15.3	- 13.7
	II	- 1.7	0.0	0.0	- 0.1	- 0.3	4.2	- 5.6	0.2	- 0.9
	III	- 1.9	0.1	- 0.1	0.5	- 1.7	2.8	- 4.8	- 3.2	- 1.3
	IV	- 4.4	- 2.8	- 3.2	- 1.5	- 6.1	0.0	- 7.6	- 10.8	- 4.4
	Jahr	- 5.5	- 2.6	- 2.9	- 1.8	- 5.4	- 0.5	- 9.6	- 6.7	- 4.7
1982	I	- 7.8	- 3.9	- 4.4	- 2.4	- 8.6	- 2.3	- 12.8	- 13.0	- 6.9
	II	- 5.8	- 1.8	- 2.0	- 1.2	- 8.2	- 2.7	- 10.8	- 11.1	- 5.4
	III	- 4.5	- 1.3	- 1.0	- 2.1	- 6.1	- 2.6	- 8.0	- 7.9	- 4.1
	IV	- 1.7	- 0.5	- 0.1	- 1.3	0.0	- 0.7	0.3	0.5	- 0.9
	Jahr	- 4.8	- 1.8	- 1.8	- 1.7	- 5.6	- 2.1	- 7.5	- 7.6	- 4.2

1) Berechnungen des DIW.
2) Schätzungen des DIW.

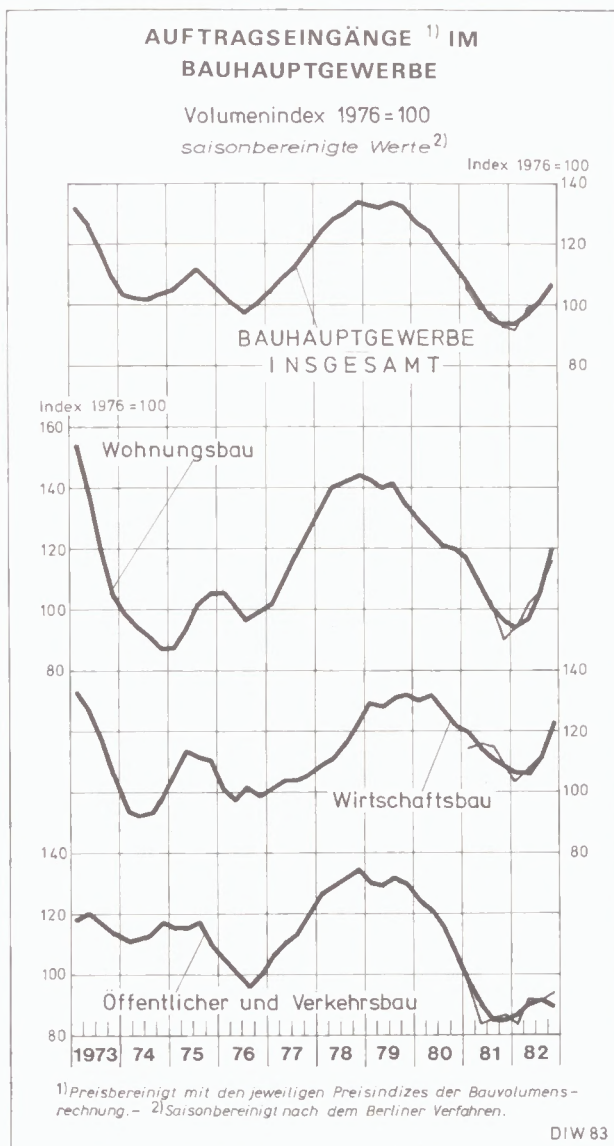
schränkt als im Bauhauptgewerbe. Im Hochbau nahm die Produktion des Bauhauptgewerbes nicht so kräftig ab wie die Produktion im Tiefbau; vergleichsweise günstig haben sich dabei der gewerbliche und der öffentliche Hochbau entwickelt.

Wohnungsbau

Der Nachfrageentwicklung in den Jahren 1979 bis 1981 folgend, setzte sich der Rückgang der Bautätigkeit im Wohnungsbau bis Ende 1982 fort. Im vierten Quartal tendierte das reale Wohnungsbauvolumen

nach oben, allerdings ausschließlich aus Witterungsgründen. Im Jahresdurchschnitt 1982 lag das reale Wohnungsbauvolumen um etwa 5 vH unter dem Ergebnis des Vorjahres, witterungsbereinigt weit darunter.

Wie der Indikator „Fertigstellungen“ zeigt, war von der Rezession im Wohnungsbau vor allem der Einfamilienhausbau betroffen. Auch 1982 wurde weniger m³ umbauter Raum fertiggestellt (- 20 vH). Ausschlaggebend hierfür waren die kräftigen Baukostensteigerungen, aber auch der steile Anstieg der Hypothekenzinsen in den Jahren 1979 bis 1981.



Der Einschnitt beim Zweifamilienhausbau (-3 vH m³ umbauter Raum) fiel vergleichsweise gering aus. Ein Grund dafür ist der bis Anfang 1982 gewährte Steuervorteil für sog. unechte Zweifamilienhäuser, den offenbar zahlreiche Bauherren genutzt haben.

Im Gegensatz zum Eigenheimbau entwickelte sich der Geschoßwohnungsbau, bei dem die Nachfrage seit 1977 tendenziell zugenommen hat. Auch die Fertigstellungen stiegen 1982 (+6 vH). Stimuliert wurde der Geschoßwohnungsbau vor allem durch die Steuervorteile im sog. Bauherrenmodell, durch die der Einfluß von Baukosten und Zinsen stark abgeschwächt wurde, teils durch eine wieder verstärkte Förderung (Sozialer Wohnungsbau), aber auch infolge einer zunehmenden Substitution zwischen Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen.

Die Preissteigerungsrate im Wohnungsbau insgesamt ist nachfragebedingt von 11,5 vH (zweites Quar-

tal 1980) auf derzeit knapp 3 vH zurückgegangen. Im Ausbaugewerbe lag sie zuletzt noch bei 4,5 vH. Im Bauhauptgewerbe deuten sich Preisstabilisierungstendenzen an. Auch die Hypothekenzinsen sind erheblich gesunken. Sie liegen gegenwärtig um etwa 4 Prozentpunkte unter dem Höchststand vom September 1981.

Bei der Einschätzung der weiteren Entwicklung im Wohnungsbau muß auch die Massierung von gesetzlichen Regelungen und Beschlüssen der alten und der neuen Regierung berücksichtigt werden. Bereits seit Ende 1981 hatte die alte Regierung verschiedene wohnungspolitische Regelungen im Rahmen der „Operation 1982“ und der „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“ beschlossen. Dazu kamen weitere Gesetzesinitiativen zur Belebung des Wohnungsbaus. Aus all diesen Gründen belebte sich die Nachfrage im Verlauf des letzten Jahres noch vor dem Regierungswechsel³.

Dennoch startete die neue Regierung im Spätherbst 1982 zusätzliche wohnungspolitische Sofortprogramme. Mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1983 wurden Mittel für ein Sonderprogramm im Sozialen Wohnungsbau und Mittel für das Programm zur Zwischenfinanzierung von Bausparverträgen zur Verfügung gestellt. Neuregelungen im Steuerrecht erlauben bei Bau und Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums einen Schuldzinsabzug. Außerdem wurden kürzlich die vorgesehenen Mittel der Städtebauförderung um 60 Mill. DM auf 280 Mill. DM erhöht. Sie sollen vor allem der Erhaltung, Erneuerung und Strukturverbesserung von Innenstadtbereichen sowie der Verbesserung des Wohnumfelds dienen. Um weitere Investitionen auch im Mietwohnungsbau längerfristig zu erleichtern, wurden zum 1. Januar 1983 Neuregelungen im Mietrecht vorgenommen, die in der Bevölkerung und im Parlament allerdings heftig umstritten sind.

Bei einer derartigen Massierung der Rahmenbedingungen und der staatlichen Einflußnahme auf die weitere Entwicklung des Wohnungsbaus kann der explosionsartige Anstieg der Nachfrage (+70 vH) zum Ende letzten Jahres (Dezember) nicht überraschen. Indes ist zu erwarten, daß in erheblichem Umfang Vorzieheffekte ausgelöst werden.

Bei der Prognose für 1983/84 muß außer den erwähnten Einflußfaktoren insbesondere der Zusammenhang zwischen Bauüberhang, Baugenehmigungen und Fertigstellungen berücksichtigt werden. Der Bauüberhang Anfang 1982 war — im Vorjahresvergleich — weiter geschrumpft. Da die Zahl der Fertigstellungen (einschließlich der Löschungen) 1982 —

³⁾Vgl.: Anhaltender Beschäftigungsrückgang in der Bauwirtschaft. Bearb.: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 40/82, S. 493 ff.

Bauüberhang, Baugenehmigungen und Fertigstellungen von Wohnungen¹⁾²⁾⁴⁾

in 1000

	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983 ³⁾	1984 ³⁾
Bauüberhang Anfang des Jahres 5)	852,6	981,5	1072,5	999,1	782,8	677,3	629,8	541,1	579,1	593,9	572,6	550,5	528	560
Bestand an im Bau befindlichen Bauvorhaben Anfang des Jahres	625,0	751,8	835,5	760,3	553,4	470,0	452,8	383,6	408,3	443,6	427,2	400,8	383	400
Bestand an noch nicht begonnenen Bauvorhaben Anfang des Jahres	227,6	229,7	237,0	238,8	229,4	207,3	177,0	157,5	170,8	150,3	145,4	149,7	145	160
+ Genehmigungen	705,4	768,6	658,9	417,8	368,7	380,4	352,1	425,8	383,6	380,6	356,0	335,0	390	.
- Löschungen (einschl. statistische Differenzen)	21,5	17,0	18,1	29,7	37,4	35,5	31,8	19,7	11,0	13,0	12,6	(12,7)	13	.
= Potential von Baubeginnen während des Jahres	911,5	981,3	877,8	626,9	560,7	552,2	497,3	563,6	543,4	517,9	488,8	(472)	522	.
- Bestand an noch nicht begonnenen Bauvorhaben Ende des Jahres	229,7	237,0	238,8	229,4	207,3	177,0	157,5	170,8	150,3	145,4	149,7	(145)	160	.
= Baubeginne während des Jahres	681,8	744,3	639,0	397,5	353,4	375,2	339,8	392,8	393,1	372,5	339,1	(327)	362	.
- Fertigstellungen	555,0	660,6	714,2	604,4	436,8	392,4	409,0	368,1	357,8	388,9	365,5	(345)	345	.
= Zuwachs an im Bau befindlichen Bauvorhaben während des Jahres	126,8	83,7	-75,2	-206,9	-83,4	-17,2	-69,2	24,7	35,3	-16,4	-26,4	(-18)	17	.

1) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden.
 2) Einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.
 3) Schätzung.
 4) Angaben der Bautätigkeitsstatistik und eigene Berechnungen.
 5) Bauüberhang + Genehmigungen - Fertigstellungen - Löschungen = Bauüberhang des nächsten Jahres.
 Zahlen in Klammern sind Schätzungen.

wie bereits 1980 und 1981 — über der der Baugenehmigungen lag, wurde der Bauüberhang bis Anfang 1983 weiter abgebaut. Damit hat er sich von 1,070 Mill. Einheiten im Jahre 1973 — dem Jahr des höchsten Bauüberhangs — auf nunmehr 0,530 Mill. Einheiten halbiert und dürfte wohl vorläufig den absoluten Tiefstand erreicht haben.

In diesem Jahr werden die Baugenehmigungen deutlich zunehmen. Damit ist ein höheres „Potential“ für Baubeginne während des Jahres vorhanden als 1982. Erfahrungsgemäß wird der überwiegende Teil der genehmigten Vorhaben noch im Jahr der Genehmigung in Angriff genommen. Wegen des niedrigen Bauüberhangs Anfang 1983 sowie wegen der relativ langen Bauphasen dürfte aber die Zahl der Fertigstellungen in diesem Jahr nicht größer sein als im Vorjahr; erst für 1984 ist eine höhere Zahl zu erwarten. Bei etwa gleicher Zahl der Fertigstellungen und Löschungen und kräftig steigenden Baugenehmigungen im Jahr 1983 kann damit gerechnet werden, daß der Bauüberhang Anfang 1984 über dem Vorjahrsergebnis liegt; somit wird auch 1984 noch ein relativ hohes Baupotential vorhanden sein.

Insgesamt wird es zu einem Wiederanstieg des Einfamilienhausbaus und auch zu einer weiteren Zunahme des Geschoßwohnungsbaus kommen. Mittlerweile ist jede zweite genehmigte Wohnung dem Geschoßwohnungsbau zuzurechnen. Der Anteil des Ge-

schoßwohnungsbaus (Zahl der Baugenehmigungen) stieg von 29 vH im Jahr 1977 auf etwa 50 vH im Jahre 1982.

Im Wohnungsbau sind aber nicht nur stimulierende Zeichen gesetzt. Der Anteil der „Bauleistungen an bestehenden Gebäuden“ am gesamten Bauvolumen, der 1982 etwa 35 vH betragen hat und in den Vorjahren stetig gewachsen ist — 1972 lag er noch bei etwa 20 vH —, dürfte sich wieder verringern. Ausschlaggebend dafür sind auslaufende Förderungen. Bis Ende 1982 wurden Modernisierungsmaßnahmen durch direkte Förderung, d.h. durch Zuschüsse oder Darlehn, in einem Bund-Länder-Programm gefördert. Der Haushalt 1983 sieht hierfür keine Mittel mehr vor. Außerdem endet am 31. Juni 1983 die indirekte Förderung, d.h. die steuerliche Förderung von Modernisierungsmaßnahmen oder energiesparenden Maßnahmen im Rahmen des § 82a der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung.

1983 wird das reale Wohnungsbauvolumen voraussichtlich erst allmählich, im weiteren Verlauf des Jahres allerdings rasch expandieren. Im Jahresdurchschnitt 1983 könnte insgesamt ein reales Wachstum von 4 vH erreicht werden. Für 1984 kann eine noch kräftigere Zunahme nicht ausgeschlossen werden.

Der Preisauftrieb dürfte auch wegen der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zur Mitte des Jahres wieder zunehmen und sich bis Ende 1984 spürbar beschleunigen.

Wirtschaftsbau

Im Wirtschaftsbau war der Nachfragerückgang nicht so stark wie im Wohnungsbau. Im Wohnungsbau sanken die realen Auftragseingänge von 1979 bis 1981 saisonbereinigt etwa um 40 vH. Im Wirtschaftsbau betrug der Rückgang 1980 und 1981 etwa 25 vH. Dabei war die Abnahme im gewerblichen Hochbau größer als im gewerblichen Tiefbau. Der Nachfrageentwicklung folgend schrumpfte das reale Bauvolumen 1981 und 1982 im gewerblichen Hochbau stärker als im gewerblichen Tiefbau.

Im Verlauf des Jahres 1982 stieg die Nachfrage allmählich wieder. Entsprechend der Prognose des DIW vom Juni 1982⁴ setzte sich der Anstieg der realen Auftragseingänge bis zum Jahresende fort. Denn einmal deuten sich bei den Baupreisen Stabilisierungstendenzen an. Außerdem haben sich die Ertragsverhältnisse der Unternehmen verbessert, so wegen der Verbilligung von eingeführten Vormaterialien, z.B. Mineralöl, dank sinkender Zinsen und insbesondere aufgrund des schwächeren Anstiegs der Personalaufwendungen. Hinzu kommt eine positivere Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Auch eine Reihe von bereits im vergangenen Jahr beschlossenen gesetzlichen Regelungen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen⁵ wird sich 1983 positiv auf die Nachfrage auswirken.

Insgesamt kann für 1983 mit einem weiteren Anstieg der Nachfrage gerechnet werden. Damit wird im Laufe dieses Jahres das reale Bauvolumen allmählich wieder zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 1983 dürfte ein Zuwachs von etwa 2 vH erreicht werden. Die Bautätigkeit im Wirtschaftsbau wird auch über die Jahreswende 1983/84 hinaus zunehmen.

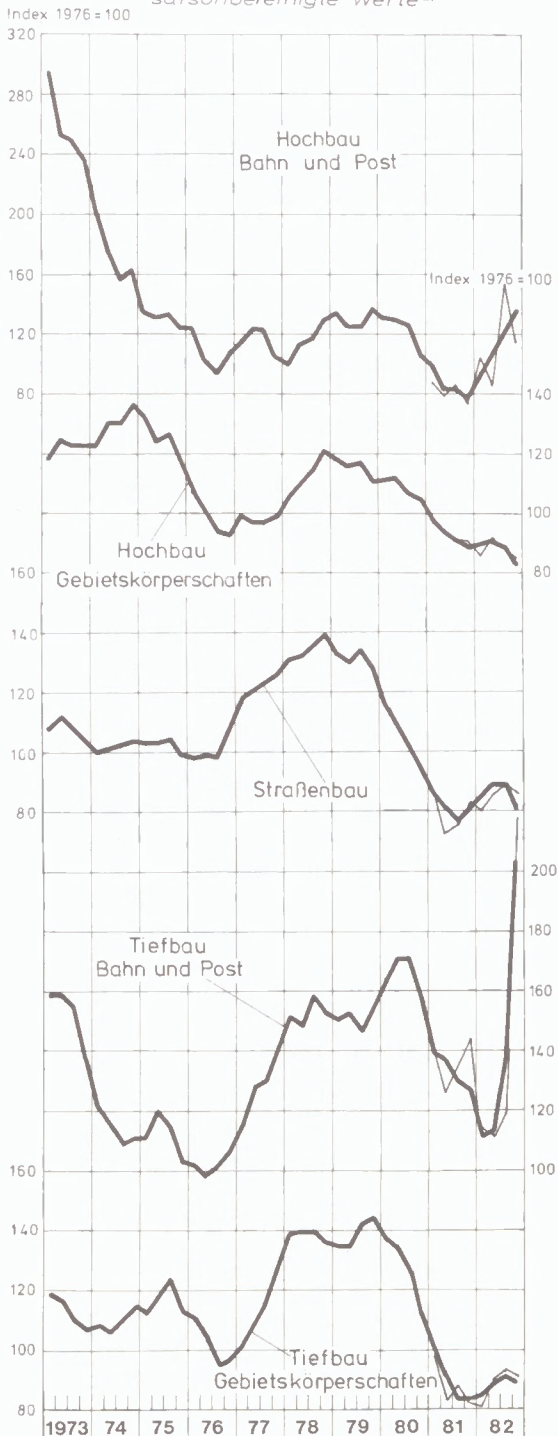
Öffentlicher und Verkehrsbau

Der Rückgang der Nachfrage im „Öffentlichen und Verkehrsbau“ (-40 vH) von 1978 bis 1981 war so steil wie im Wohnungsbau; er ist jedoch in den Teilbereichen „Öffentlicher Hochbau“ (-30 vH), „Sonstiger Öffentlicher Tiefbau“ (-43 vH) und „Straßenbau“ (-49 vH) unterschiedlich stark ausgeprägt. Die Aufträge im Straßenbau sind damit auf die Hälfte geschrumpft. Auch bei der Bautätigkeit hat der Straßenbau die größten Einbußen hinnehmen müssen.

Für die weitere Entwicklung der Bautätigkeit 1983/84 sind die vorhandenen Auftragsbestände, aber auch die zu erwartenden Auftragseingänge in diesem Jahr entscheidend. Die aktuelle Nachfrage im öffentlichen Bau zeigt gegenwärtig — im Gegensatz zu der

AUFTRAGSEINGÄNGE¹⁾ IM ÖFFENTLICHEN UND VERKEHRSBAU

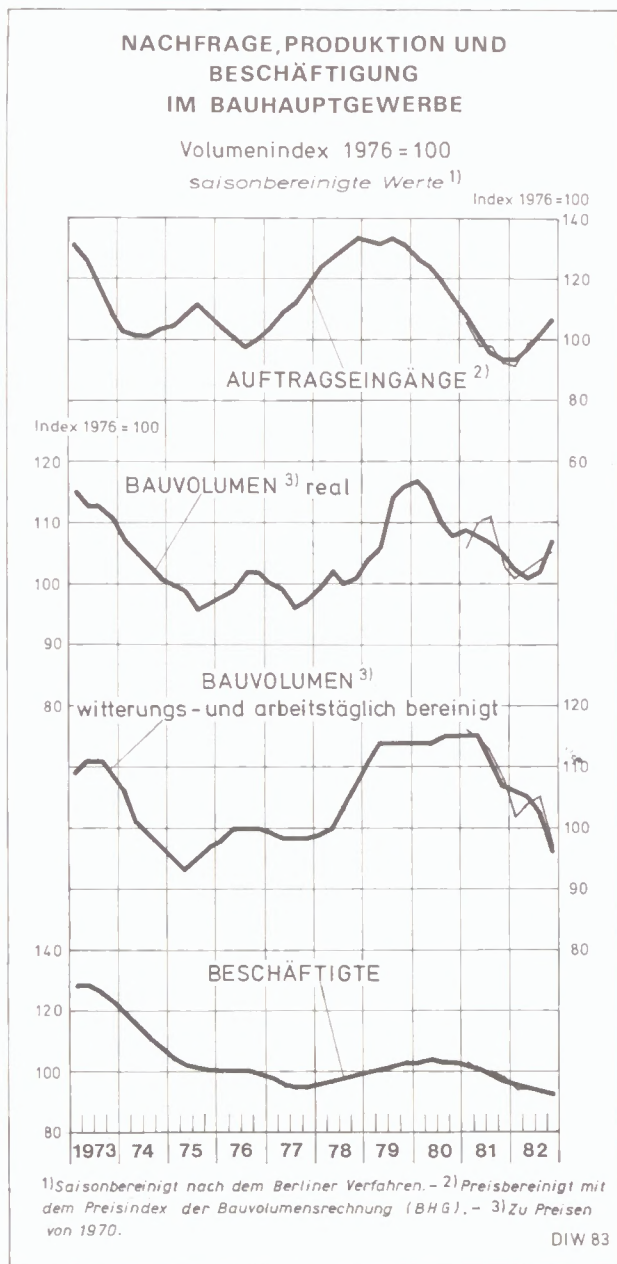
Volumenindex 1976=100
saisonbereinigte Werte²⁾



1) Preisbereinigt mit den jeweiligen Preisindizes der Bauvolumenrechnung. - 2) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

⁴ Vgl.: Bauwirtschaft: Stabilisierung der Nachfrage auf niedrigem Niveau. Bearb.: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23/1982, S. 293 ff.

⁵ Vgl. Wochenbericht Nr. 23/1982, a.a.O., S. 296.



Entwicklung im Wohnungsbau und im Wirtschaftsbau — keine Aufwärtsbewegung, sofern man den Bereich „Bahn und Post“ ausklammert. Die kräftige Zunahme in diesem Investitionsbereich, insbesondere im Tiefbau, dürfte auf den verstärkten Ausbau von Breitbandverteilnetzen für den Rundfunk- und Fernsehempfang zurückzuführen sein⁶. Abgesehen davon scheinen die realen Auftragseingänge in den öffentlichen Baubereichen gegenwärtig auf niedrigem Niveau zu stagnieren. Auch für die kommenden Monate ist in diesen Bereichen, folgt man den Planungen der Gebietskörperschaften über die Ausgaben für Baumaßnahmen, wohl nicht mit einer Belebung der Nachfrage zu rechnen.

Durch die Haushaltsbeschlüsse von Bund und Ländern für 1983 werden vor allem die Gemeinden erheblich belastet. So wollen die Länder ihre Investitionszuweisungen drastisch kürzen (-4 vH). Da die Gemeinden — im Gegensatz zum Bund und zu den Ländern — kaum Möglichkeiten zur zusätzlichen Verschuldung haben, werden sie ihre Investitionsvorhaben deutlich reduzieren⁷. Auch die Länder haben in ihrem Bestreben, Mittel einzusparen, für 1983 Einschränkungen bei ihren Sachinvestitionen geplant. Einzig die Haushaltsansätze des Bundes lassen eine Zunahme der öffentlichen Bauausgaben erwarten. Insgesamt wird die weitere Entwicklung im öffentlichen Bau durch die künftige finanzielle Situation der Gemeinden bestimmt, deren Anteil an den gesamten Bauausgaben bislang etwa 70 vH betrug. Wegen der finanziellen Not der Gemeinden muß in den kommenden Monaten mit einem weiteren Rückgang der öffentlichen Nachfrage gerechnet werden. Da außerdem die Auftragsbestände kräftig geschrumpft sind, wird auch das Bauvolumen in diesem Bereich weiter abnehmen. Die positive Entwicklung im Bereich „Bahn und Post“ kann ein weiteres Absinken des öffentlichen Bauvolumens nicht verhindern, da nur etwa 10 vH der Aufträge auf diesen Investitionsbereich entfallen. Für den Jahresdurchschnitt 1983 ist daher mit einem Rückgang des realen Bauvolumens im „Öffentlichen und Verkehrsbau“ in Höhe von 3 vH zu rechnen.

Ausblick

Trotz des zu erwartenden Aufschwungs im Wohnungs- und im Wirtschaftsbau wird wegen der ungünstigen Entwicklung im öffentlichen Bau das gesamte reale Bauvolumen 1983 nur um 2 vH zunehmen. Bei anhaltendem Nachfrageanstieg, wegen der Zeitspanne zwischen Auftragserteilung und Baubeginn, aber auch wegen der langen Phase der Bauausführung ist damit zu rechnen, daß auch 1984 das reale Bauvolumen im Wohnungs- und im Wirtschaftsbau steigen wird.

Bei dieser Entwicklung wird sich vorerst der Beschäftigungsabbau fortsetzen, insbesondere beim öffentlichen Bau. Frühestens im zweiten Halbjahr 1983 wird die Beschäftigung zunehmen, da gegenwärtig die vorhandenen Kapazitäten unterausgelastet sind und die Beschäftigung erst allmählich der Entwicklung von Nachfrage und Produktion angepaßt wird.

⁶ Vgl. hierzu auch: Zur Situation des Kabelfernsehens in der Bundesrepublik Deutschland. Bearb.: Jürgen Müller. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3/83, S. 62.

⁷ Nach Schätzung der kommunalen Spitzenverbände wird für 1983 mit einer Kürzung der realen Baumaßnahmen in Höhe von 5 vH gerechnet. Vgl. hierzu: Gemeindefinanzbericht 1983. Hrsg.: Präsidium des Deutschen Städtetages, Stuttgart, Februar 1983.

Entwicklung des Bauvolumens nach Produzentengruppen und Baubereichen

	in Mrd.DM zu Preisen von 1970				Zuwachsraten in vH			
	1980	1981	1982	1983 ¹⁾	1980	1981	1982	1983 ¹⁾²⁾
<u>nach Produzentengruppen</u>								
Bauhauptgewerbe	75,70	72,11	69,06	70,6	3,7	- 4,7	- 4,2	2
Hochbau	47,45	45,91	44,58	.	3,8	- 3,2	- 2,9	.
Tiefbau	28,25	26,20	24,48	.	3,6	- 7,3	- 6,6	.
Ausbaugewerbe	30,86	29,28	27,93	28,0	0,6	- 5,1	- 4,6	0
Verarbeitendes Gewerbe	10,28	9,77	9,55	} 32,1	2,0	- 5,0	- 2,3	} 1
Architektenleistungen, Gebühren	8,94	8,42	7,95		3,6	- 5,8	- 5,6	
Sonstige Bauleistungen	15,19	14,78	14,27		3,9	- 2,7	- 3,5	
Bauvolumen insgesamt	140,97	134,36	128,76	130,7	2,9	- 4,7	- 4,2	1,5
<u>nach Baubereichen</u>								
Wohnungsbau	64,17	60,65	57,72	60,0	1,3	- 5,5	- 4,8	4
Wirtschaftsbau	38,63	37,62	36,95	37,7	5,8	- 2,6	- 1,8	2
Gewerblicher Hochbau	28,38	27,55	27,06	.	5,9	- 2,9	- 1,8	.
Gewerblicher Tiefbau	10,25	10,07	9,89	.	5,5	- 1,8	- 1,7	.
Öffentlicher und Verkehrsbau	38,17	36,10	34,09	33,0	2,7	- 5,4	- 5,6	- 3
Öffentlicher Hochbau	13,19	13,12	12,85	.	3,8	- 0,5	- 2,1	.
Straßenbau	11,21	10,13	9,37	.	- 0,3	- 9,6	- 7,5	.
Sonstiger Tiefbau	13,77	12,85	11,87	.	4,3	- 6,7	- 7,6	.

1) Schätzung des DIW.
2) gerundete Zahlen.

Kennziffern zur Entwicklung von Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe¹⁾ nach Baubereichen

	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982 ²⁾	1983 ³⁾⁴⁾	1984 ³⁾⁴⁾
Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH													
<u>Bauhaupt- und Ausbaugewerbe insgesamt</u>													
Bauvolumen zu Preisen von 1970	5,9	- 0,4	- 8,2	- 5,9	2,3	0,5	2,3	6,0	2,8	- 4,9	- 4,3	1,5	3,5
Beschäftigte	0,5	- 0,1	- 7,6	- 8,2	- 0,6	- 1,6	1,2	4,1	1,6	- 2,7	- 4,7	- 1,5	2
<u>Wohnungsbau</u>													
Bauvolumen zu Preisen von 1970	12,8	0,7	- 13,7	- 8,4	5,4	2,9	1,5	6,5	1,1	- 5,7	- 4,5	4,0	5
Beschäftigte	6,7	2,0	- 12,2	- 8,6	1,5	1,5	1,4	5,3	0,3	- 3,0	- 4,9	1,0	3
<u>Wirtschaftsbau</u>													
Bauvolumen zu Preisen von 1970	3,3	0,5	- 11,7	- 5,9	7,2	1,7	0,4	7,7	6,1	- 2,2	- 1,7	2,0	3
Beschäftigte	- 3,0	- 0,5	- 9,3	- 10,7	4,4	- 2,6	- 2,5	2,5	5,2	- 1,2	- 1,9	- 1,0	1
<u>Öffentlicher und Verkehrsbau</u>													
Bauvolumen zu Preisen von 1970	- 1,9	- 2,9	3,6	- 2,4	- 4,8	- 3,5	4,7	4,0	3,0	- 5,5	- 6,2	- 3,0	2
Beschäftigte	- 7,8	- 3,8	3,4	- 5,6	- 7,7	- 6,7	3,6	2,6	1,6	- 3,1	- 6,8	- 6,0	0
Ursprungswerte ⁶⁾													
<u>Bauhaupt- und Ausbaugewerbe insgesamt⁴⁾</u>													
Bauvolumen zu Preisen von 1970 (in Mrd.DM)	108,1	107,7	98,9	93,1	95,1	95,7	97,8	103,7	106,6	101,4	97,0	98,4	102
Beschäftigte (in 1000) 5)	2 321	2 321	2 143	1 968	1 956	1 926	1 948	2 027	2 059	2 004	1 910	1 880	1 920

1) Bauhaupt- und Ausbaugewerbe. - 2) Vorläufige Ergebnisse. - 3) Schätzung des DIW. - 4) Gerundete Zahlen. - 5) Vgl. hierzu: Zeitreihen zur Entwicklung der Beschäftigten im Baugewerbe nach Sparten. Bearb.: Jochen A. Hübener, Gutachten im Auftrage des BMWI, Berlin, im August 1982. - 6) Jahresdurchschnittswerte.

Problematisch erscheinen gegenwärtig vor allem die noch stärker in das Interesse der Öffentlichkeit gerückten Konsolidierungsbestrebungen der Finanzpolitik. Dabei wird häufig nicht genügend bedacht, daß Haushaltsentscheidungen von Bund und Ländern zu Lasten der Gemeinden gehen, auf die der überwiegende Teil der öffentlichen Investitionen entfällt. Wegen geringerer Zuweisungen und der Verlagerung von anderen finanziellen Lasten sind die Gemeinden nunmehr gezwungen, ihre Investitionen drastisch zu kürzen.

Diese Entwicklung wird zu einem weiteren deutlichen Beschäftigtenabbau im öffentlichen Baubereich führen und letztlich bewirken, daß es — trotz des erwarteten Aufschwungs im Wohnungsbau und im Wirt-

schaftsbau — im Jahresdurchschnitt 1983 im gesamten Baubereich zu einem weiteren Beschäftigungsabbau kommt. Die dem Wohnungsbau zurechenbare Beschäftigtenzahl dürfte zwar um etwa 10 000 steigen, im öffentlichen Bau aber wird sie voraussichtlich um etwa 30 000 abnehmen, im gewerblichen um 5 000. Die Zunahme der Zahl der Beschäftigten 1984 dürfte lediglich wieder zu dem Beschäftigungsniveau des Jahres 1982 führen. Darüber hinaus ist zu befürchten, daß die Massierung der gegenwärtigen wohnungsbaupolitischen Maßnahmen zu partiellen Überhitzungserscheinungen bei der Nachfrage führt und damit kräftige Preissteigerungsraten auslöst. Eine Verstetigung des Baugeschehens ist damit wiederum in weite Ferne gerückt.

Handelsverflechtung mit den kleineren RGW-Ländern auf neuem Tiefstand

Zum RGW-Handel der Bundesrepublik Deutschland

Der Osthandel¹ der Bundesrepublik erreichte 1982 einen Umsatz von 37,5 Mrd. DM. Mit 19,2 Mrd. DM waren die Einfuhren um 1 Mrd. DM höher als die Ausfuhren. Der Anteil der RGW-Länder am gesamten Außenhandelsumsatz der Bundesrepublik betrug knapp 5 vH.

Der Warenaustausch verlief regional ganz unterschiedlich. Kräftigen Expansionsraten im Handel mit der Sowjetunion stand ein Rückgang im Warenverkehr mit den übrigen RGW-Ländern gegenüber. Damit hat die UdSSR ihre Position als wichtigster Osthandelspartner weiter ausgebaut. Auf sie entfielen nunmehr 55 vH des Warenumsatzes mit den RGW-Ländern. Ihr Anteil am Außenhandelsumsatz der Bundesrepublik hat mit 2,6 vH einen neuen Höchststand erreicht. Die Entflechtung im Handel mit den kleineren RGW-Staaten² ist hingegen weiter fortgeschritten. Ihr Umsatzanteil betrug 1982 nur noch 2,1 vH – ein Wert, der zuletzt 1963 zu verzeichnen war.

Die Aussichten für ein Wachstum des Osthandels sind ungünstig. Dies gilt auch für die Sowjetunion; denn die Preissenkungen auf dem Ölmarkt mindern ihre Deviseneinnahmen. Die übrigen RGW-Staaten müssen weiterhin ihre Handelsbilanzen verbessern. Angesichts der Wirtschaftslage in West und Ost ist dies nur über Importkürzungen erreichbar. Wird von den RGW-Staaten zudem eine weitere Reduzierung der Westverschuldung verlangt, werden Schrumpfungprozesse verstärkt und die osteuropäischen Länder zu einer noch stärkeren Blockverflechtung gedrängt.

Kräftiger Anstieg der sowjetischen Exporte

Die Zunahme der sowjetischen Gesamtexporte in die Bundesrepublik (+ 23 vH) ist 1982, erstmals seit längerer Zeit, überwiegend auf eine Mengenausweitung (+ 18 vH) zurückzuführen³; die Preissteigerungen blieben mit 4 vH im Vergleich zu den vergangenen Jahren gering⁴. Allerdings sind damit die realen Rückgänge in den Vorjahren (1979 bis 1981: insgesamt - 23 vH) nicht wettgemacht worden. 1982 waren die Importmengen aus der UdSSR noch immer um 6 vH niedriger als 1978. Dagegen hat die UdSSR ihre Exporterlöse in den letzten vier Jahren durch Preiserhöhungen verdoppeln können. Die Steigerung ihrer Anteile an den Gesamteinfuhren der Bundesrepublik von 2,2 vH im Jahre 1978 auf den bisherigen Höchstwert von 3 vH ist mithin nicht Ausdruck einer real größeren Handelsverflechtung.

Eine Analyse der sowjetischen Exporterfolge verdeutlicht, daß die UdSSR auch 1982 nicht über solche Industriewaren verfügte, denen auf dem Markt der Bundesrepublik Absatzchancen eingeräumt werden. Drei Viertel der sowjetischen Lieferungen entfallen derzeit auf Erdöl, Erdölprodukte und Erdgas, weitere 5 vH auf Gold. Fertigwaren haben nur einen Anteil von 7 vH.

Im vergangenen Jahr hat die UdSSR den Exportwert bei Mineralöl erhöht. Die Mehrerlöse bei Erdöl (+ 1,3

¹ Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit den europäischen Mitgliedsländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW); ohne DDR, d.h. ohne innerdeutschen Handel.

² Diese Ländergruppe wird hier auch als RGW(5) oder Osteuropa bezeichnet.

³ Zur ökonomischen Bedeutung des Handels mit der UdSSR vgl. auch Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski: Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion. In: Sonderhefte des DIW, Nr. 136, 1982. Zur politischen Bedeutung vgl.: Hans-Dietrich Genscher: Eine westliche Gesamtstrategie für Frieden, Freiheit und Fortschritt. In: Außenpolitik, Nr. 4/1982, S. 315ff.

⁴ Volumen und Durchschnittswertindizes werden in regionaler Abgrenzung vom Statistischen Bundesamt nur für den Handel mit der EG einerseits, der übrigen Welt andererseits berechnet. Für den Osthandel mußten sie daher geschätzt werden. Zu diesem Zweck wurden die amtlich veröffentlichten Preisindizes für die gesamte Einfuhr und Ausfuhr der Bundesrepublik mit der Warenstruktur des Osthandels im Jahr 1976 gewichtet. Regionale Preisdifferenzierungen sind nur bei den Importen aus der UdSSR berücksichtigt worden. Zu den Preisindizes vgl. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Fachserie 17, Reihe 8.

Entwicklung von Preisen, Mengen und Terms of Trade¹⁾
im Handel der Bundesrepublik Deutschland mit der UdSSR
1976 = 100

Jahr	Einfuhr			Ausfuhr			Terms of Trade
	Wert	Menge	Preis	Wert	Menge	Preis	
1977	105	108	97	96	96	100	103
1978	125	132	94	93	91	103	109
1979	169	137	124	98	91	108	87
1980	173	110	156	118	104	114	73
1981	212	105	202	113	94	120	59
1982	261	124	210	139	110	127	61

1) Index der Ausfuhrpreise durch Index der Einfuhrpreise.

Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland aus der UdSSR nach Warengruppen 1982¹⁾

Waren bzw. Warengruppen	Einfuhr	Veränderung 2)	Einfuhrstruktur	Einfuhrgewichte 3)
	Mill. DM		vH	
Einfuhr, insgesamt darunter: 4)	11 357	2 132	100	3,0
Ernährungsgüter	79	2	0,7	0,2
Rohstoffe	2 255	1 318	19,9	3,8
Halbwaren	8 128	756	71,6	11,6
Fertigwaren	752	- 16	6,6	0,4
davon:				
Vorerzeugnisse	620	- 25	5,5	1,3
Enderzeugnisse	131	9	1,2	0,1
Ausgewählte Untergruppen 5)				
Baumwolle, roh und bearbeitet	180	2	1,6	20,0
Erdöl, roh	1 922	1 341	16,9	4,3
Rohphosphate	65	- 1	0,6	26,6
Nickel, roh	159	70	1,4	25,5
Kraftstoffe, Erdgas, Schmieröle	6 598	525	58,1	17,2
Teer- und -destillationserzeugnisse	353	- 17	3,1	18,8
Holzwaren	230	5	2,0	3,2
Gold ⁶⁾	522	210	4,6	19,5
Chemische Vorerzeugnisse	402	- 42	3,5	2,2

1)Vorläufige Angaben.-2)Veränderung gegenüber dem Vorjahr.-3)Anteil an den jeweiligen Gesamteinfuhren der Bundesrepublik Deutschland.-4)Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen.-5)Die Warengruppen repräsentieren 92 vH der Gesamteinfuhren aus der UdSSR.-6)Zu gewerblichen Zwecken.-
Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3.

Mrd. DM) und Erdölprodukten (ca. 0,9 Mrd. DM) entsprachen fast der gesamten sowjetischen Exportzunahme. Die Mineralöllieferungen der UdSSR erreichten einen Umfang von 8,7 Mill. t (darunter Erdöl: 3,4 Mill. t), das waren knapp 8 vH des Inlandsverbrauchs der Bundesrepublik. Mit der deutlichen Steigerung ihrer Erdölexporte hat die UdSSR den Einbruch vom vorangegangenen Jahr (Rückgang von 3 Mill. auf 1 Mill. t) ausgeglichen. Kürzungen der Erdöllieferungen an die übrigen RGW-Länder dürften ihr Westhandelspotential erweitert haben. Mit weiter steigenden Exportmengen ist angesichts der kaum noch zunehmenden Erdölförderung in der UdSSR nicht zu rechnen. Wahrscheinlicher ist auf mittlere Frist eine Abnahme⁵. Da überdies die Preise für Erdöl sinken, werden die Erdölexporte dem Wert nach zurückgehen. Wegen ihres hohen Gewichts werden sie die gesamte Exportentwicklung bremsen.

Erstmals seit ihrem Beginn im Jahre 1973 waren die Erdgaslieferungen der UdSSR in die Bundesrepublik 1982 geringer als im Vorjahr; mit 10,5 Mrd. m³ wurden 11 vH weniger geliefert. Die Ruhrgas AG hatte von ihrem Recht Gebrauch gemacht, im Falle eines Nach-

fragerückgangs im Inland (- 7 vH) die Importe aus der UdSSR zu kürzen. Am Verbrauch in der Bundesrepublik hatten die Erdgaslieferungen aus der UdSSR 1982 einen Anteil von 23 vH. Zusammengefaßt hatten die sowjetischen Exporte von Erdgas und Mineralöl einen Umfang von 24 Mill. t SKE, das waren 6,5 vH des Primärenergieverbrauchs in der Bundesrepublik.

Exporte in die UdSSR trotz hohen Defizits kräftig gestiegen

Die Ausfuhren in die UdSSR (nominal + 23 vH, real + 16 vH) erhöhten sich 1982 deutlich schneller als die Gesamtexporte der Bundesrepublik (+ 8 vH). Die Bedeutung des sowjetischen Absatzmarktes nahm damit wieder zu; 2,2 vH der Exporte wurden hier abgesetzt. Vor allem für die Eisen- und Stahlindustrie, aber auch für den Werkzeugmaschinenbau ist die Sowjetunion ein wichtiger Absatzmarkt. Auf diese Bereiche entfielen 1982 knapp 10 vH der Ausfuhren dorthin.

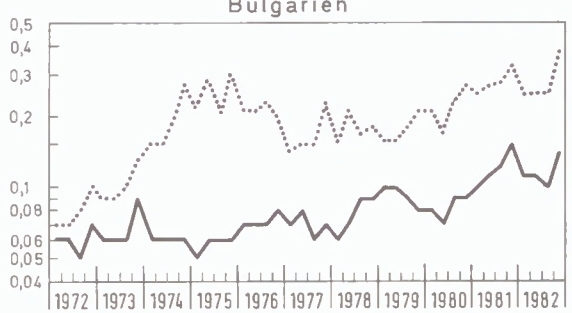
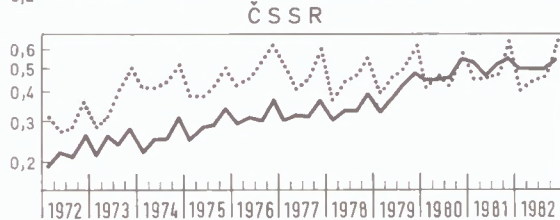
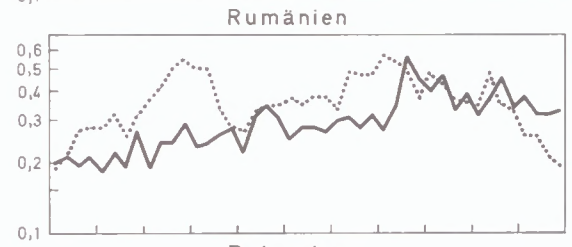
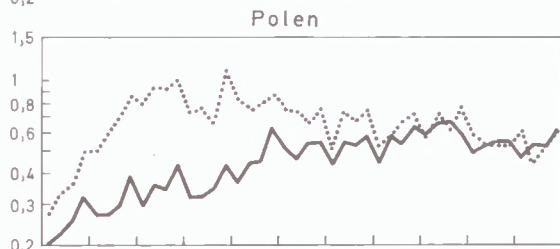
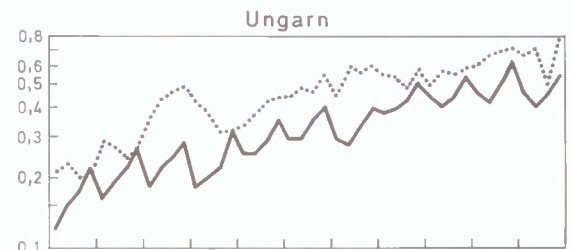
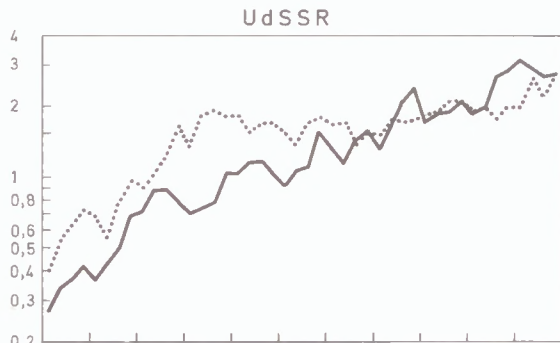
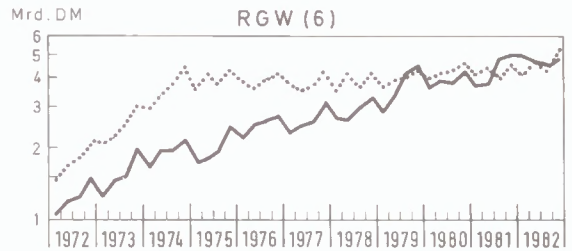
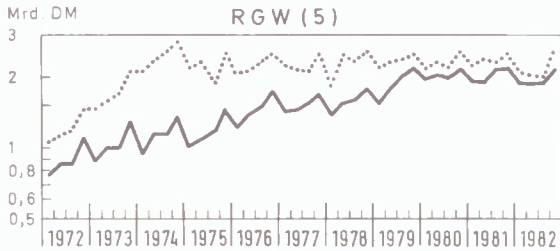
Die Gesamtausfuhren in die UdSSR waren im Berichtsjahr allerdings um 2 Mrd. DM niedriger als die entsprechenden Einfuhren. Das Defizit der Bundesrepublik ist damit noch höher ausgefallen als im Jahr zuvor (1,6 Mrd. DM); seit 1979 hat die UdSSR einen kumulierten Lieferüberschuß von 4 Mrd. DM erzielt. Diese Saldenentwicklung muß vor dem Hintergrund der Bemühungen um den Abbau des Westhandelsdefizits gesehen werden. Gegenüber der Bundesrepublik sind die sowjetischen Ergebnisse seit 1975 bemerkenswert: Folgt man der sowjetischen Statistik, so wurden die Käufe bis 1982 nur um 0,9 Mrd. Transfer-Rubel (TRbl) (+ 45 vH) erhöht; hingegen stiegen die Exporte — hauptsächlich infolge von Preissteigerungen — um 3,3 Mrd. TRbl (+ 330 vH).

Im übrigen Westhandel der Sowjetunion ergibt sich allerdings ein anderes Bild. Hier stiegen die Einfuhren der UdSSR im gleichen Zeitraum um 9 Mrd. TRbl (+ 115 vH), die Ausfuhren um 11,3 Mrd. TRbl (+ 215 vH). Damit hat die Bundesrepublik bei den sowjetischen Importen Marktanteilsverluste hinnehmen müssen. 1975 stammten von hier noch 20 vH der sowjetischen Westimporte; 1982 waren es 15 vH. Als Lieferant teilt sich die Bundesrepublik die führende Position unter den Westhandelspartnern der UdSSR jetzt mit Finnland und Japan. Einen hohen Anteil an den Importen der Sowjetunion hatten außerdem die USA, und zwar wegen ihrer Getreidelieferungen. Die USA profitieren genauso wie die anderen Getreidelieferanten (Kanada, Argentinien), deren Importe aus der UdSSR traditionell gering sind, von den sowjetischen Überschüssen im Handel mit der Bundesrepublik und mit der gesamten EG.

⁵Vgl. Erdöl in der UdSSR: Geringes Produktionswachstum, Rückgang der Exporte. Bearb.: Jochen Bethkenhagen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 51-52/1982.

Die Entwicklung* des Osthandels der Bundesrepublik Deutschland

— Einfuhr Ausfuhr
logarithmischer Maßstab



* Ursprungswerte (nicht saisonbereinigt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 1.

DIW 83

Anders als in vorangegangenen Jahren hat die UdSSR ihren Handel mit der Bundesrepublik 1982 zur Aufstockung der Bezüge von Investitionsgütern genutzt (+1,8 Mrd. DM). Im Zusammenhang mit dem Bau verschiedener Erdgasleitungen⁶ — im Fünfjahresplan 1981/85 soll das Erdgasleitungsnetz um rd. 50 000 km erweitert werden — stieg die Ausfuhr der Bundesrepublik von Stahlröhren von 0,9 Mrd. DM auf 1,6 Mrd. DM. Auf alle Produkte der Eisen- und Stahlindustrie entfielen knapp 30 vH der gesamten Exporte der Bundesrepublik in die Sowjetunion. Bedeutendste Warengruppe blieben die Maschinen (Anteil 30 vH).

Auch hier konnte 1982 eine deutliche Exportsteigerung (0,6 Mrd. DM) verbucht werden. Erstmals seit den umfangreichen LKW-Exporten in den Jahren 1975/76 schnellte auch der Wert der Fahrzeuglieferungen in die Höhe (+0,4 Mrd. DM). Hierbei handelte es sich um einen Großauftrag über die Lieferung von Autokränen, die zum Bau von Erdgasleitungen eingesetzt werden⁷.

⁶ Da die UdSSR selbst Stahlrohre von 1440 mm Durchmesser produziert und Importe aus verschiedenen Ländern tätigt, ist eine Zuordnung der Lieferungen zu bestimmten Projekten nicht möglich.

⁷ Vgl. Handelsblatt vom 16. November 1981.

Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland in die UdSSR nach Warengruppen 1982¹⁾

Waren bzw. Warengruppen	Ausfuhr	Veränderung 2)	Ausfuhrstruktur	Ausfuhr-gewichte 3)
	Mill. DM		vH	
Ausfuhr, insgesamt	9 398	1 776	100	2,2
darunter: ⁴⁾				
Ernährungsgüter	814	- 131	8,7	3,4
Rohstoffe	46	2	0,5	0,6
Halbwaren	375	141	4,0	1,1
Fertigwaren	8 134	1 768	86,6	2,3
davon:				
Vorerzeugnisse	2 446	106	26,0	3,5
Enderzeugnisse	5 688	1 662	60,5	2,0
Ausgewählte ⁵⁾ Untergruppen				
Fleisch- und Fleischwaren	88	- 71	0,9	2,9
Müllereierzeugnisse	123	- 56	1,3	28,2
Zucker	283	7	3,0	24,8
Futtermittel	260	5	2,8	6,9
Kunstseide, synthetische Fäden	172	48	1,8	5,9
Papier und Pappe	82	5	0,9	2,2
Chemische Vorerzeugnisse	725	6	7,7	2,2
Stahlröhren und weitere Eisenwaren	1 597	660	17,0	8,2
Stab- und Formeisen und Blech aus Eisen	1 090	1	11,6	9,9
Kautschukwaren	61	6	0,7	1,8
Maschinen	2 717	574	28,9	3,7
darunter:				
Werkzeugmaschinen einschl. Walzwerksanlagen	875	175	9,3	10,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	421	51	4,5	1,0
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	136	54	1,5	1,7
Chemische Enderzeugnisse	247	- 33	2,6	1,1
Fahrzeuge	574	441	6,1	0,7

1) Vorläufige Angaben.-2) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.-3) Anteile an den jeweiligen Gesamtausfuhr der Bundesrepublik.-4) Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen.-5) Die Warengruppen repräsentieren 91 vH der Gesamtausfuhr in die UdSSR.
Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3.

Devisenmangel bremst Handel mit den kleineren RGW-Ländern

Die Strategie der kleineren RGW-Staaten, Handelsbilanzüberschüsse durch Exportsteigerungen zu erreichen, ist auch im vergangenen Jahr fehlgeschlagen. Zwar hat die Rezession in der Bundesrepublik ohnehin kaum noch zu einer steigenden Nachfrage nach Importgütern geführt (+ 2 vH). Die Einfuhren der Bundesrepublik aus diesen Ländern waren sogar um 4 vH geringer als im Vorjahr (real: -5,5 vH). Dies kann als Indiz dafür angesehen werden, daß in wirtschaftlich schlechten Zeiten zuerst die Grenzanbieter aus dem Markt verdrängt werden. Ein weiterer Faktor

Einfuhr der Bundesrepublik Deutschland aus dem RGW (5)¹⁾ nach Warengruppen 1982²⁾

Waren bzw. Warengruppen	Einfuhr	Veränderung 3)	Einfuhrstruktur	Einfuhr-gewichte 4)
	Mill. DM		vH	
Einfuhr, insgesamt	7 865	- 290	100	2,1
darunter: ⁵⁾				
Ernährungsgüter	1 159	- 62	14,7	2,3
Rohstoffe	852	120	10,8	1,4
Halbwaren	1 797	- 281	22,9	2,6
Fertigwaren	3 943	- 60	50,1	2,1
davon:				
Vorerzeugnisse	1 269	23	16,1	2,7
Enderzeugnisse	2 675	- 83	34,0	1,8
Ausgewählte ⁶⁾ Untergruppen				
Fleisch und Fleischwaren	480	- 36	6,1	8,7
Obst- und Gemüsekonserven	267	- 26	3,4	3,1
Ölfrüchte	42	3	0,5	1,1
Wein	69	- 3	0,9	4,4
Bettfedern	68	0	0,9	42,1
Holzwaren	573	- 68	7,3	8,1
Kohle	496	164	6,3	26,7
Steine und Erden	58	- 4	0,7	4,1
Chemische Rohstoffe	53	2	0,7	7,5
Eisenhalbzeug	61	- 14	0,8	4,4
Kupfer, roh	375	39	4,8	15,0
Kraftstoffe, Schmieröle	688	- 237	8,8	1,8
Teer- und -destillationserzeugnisse	133	6	1,7	7,1
Chemische Halbwaren	192	- 46	2,4	4,4
Baumwollgewebe	68	12	0,9	4,5
Papier und Pappe	84	- 3	1,1	1,7
Chemische Vorerzeugnisse	320	- 28	4,1	1,7
Eisenwaren	794	46	10,1	5,5
Bekleidung	1 087	31	13,8	7,4
Lederwaren	181	- 5	2,3	3,7
Maschinen	292	7	3,7	1,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	177	- 20	2,2	0,7

1) Bulgarien, CSSR, Polen, Rumänien, Ungarn.-2) Vorläufige Angaben.-3) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.-4) Anteil an den jeweiligen Gesamteinfuhren der Bundesrepublik Deutschland.-5) Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen.-6) Die Warengruppen repräsentieren 83 vH der Gesamteinfuhren aus den RGW(5).
Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3.

kommt hinzu: Die Wachstumsprobleme in Osteuropa reduzieren auch den Umfang des Exportangebots dieser Länder.

Von den Absatzeinbußen auf den Märkten der Bundesrepublik waren nahezu alle osteuropäischen Länder betroffen; am stärksten Rumänien (-9 vH) und Ungarn (-7 vH). Trotz der unbefriedigenden Entwicklung bleibt aber die Bundesrepublik für diese Gruppe der kleineren RGW-Länder der bedeutendste westliche

Entwicklung des Osthandels¹⁾ der Bundesrepublik Deutschland
1970 bis 1982

Land, Ländergruppe ²⁾	1970	1975	1979	1980	1981	1982	1970	1975	1979	1980	1981	1982
	Ausfuhr (fob)						Einfuhr (cif)					
----- Millionen DM -----												
Bulgarien	240	1 023	722	872	1 131	1 220	237	232	358	324	466	472
CSSR	1 058	1 678	1 982	1 892	2 007	1 953	727	1 158	1 600	1 901	2 069	2 051
Polen	658	3 213	2 464	2 661	2 160	2 142	744	1 436	2 207	2 495	2 128	2 137
Rumänien	722	1 607	1 978	1 623	1 508	912	580	994	1 631	1 599	1 496	1 358
Ungarn	522	1 417	2 140	2 194	2 657	2 628	490	906	1 687	1 819	1 995	1 848
RGW(5)	3 201	8 937	9 286	9 242	9 463	8 856	2 778	4 725	7 483	8 138	8 155	7 865
UdSSR	1 546	6 948	6 624	7 943	7 621	9 398	1 254	3 240	7 381	7 517	9 225	11 357
RGW(6)	4 748	15 885	15 910	17 185	17 085	18 253	4 031	7 965	14 864	15 655	17 379	19 222
----- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH -----												
Bulgarien	- 2,6	33,5	0,6	20,9	-29,6	7,9	14,6	- 1,1	13,6	- 9,4	43,9	1,1
CSSR	28,6	- 5,9	8,8	- 4,5	6,1	- 2,7	5,4	11,8	18,0	18,8	8,9	- 0,9
Polen	7,6	-11,1	- 6,9	8,0	-18,8	- 0,8	39,8	0,7	5,8	13,1	-14,7	0,4
Rumänien	- 1,0	-12,5	11,8	-17,9	- 7,1	-39,5	25,0	3,1	34,3	- 2,0	- 6,4	- 9,2
Ungarn	47,6	-19,8	- 2,4	2,5	21,1	- 1,1	21,6	- 0,2	30,4	7,8	9,7	- 7,4
RGW(5)	15,8	- 8,5	1,5	- 0,5	2,4	- 6,4	21,1	3,5	19,4	8,8	0,2	- 3,6
UdSSR	- 2,3	45,6	5,1	19,9	- 4,1	23,3	- 4,0	- 0,9	35,7	1,8	22,7	23,1
RGW(6)	9,2	9,3	3,0	8,0	- 0,6	6,8	12,0	1,7	27,0	5,3	11,0	10,6
----- Anteil am gesamten Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland in vH -----												
RGW(5)	- 2,6	4,0	3,0	2,6	2,4	2,1	2,5	2,6	2,6	2,4	2,2	2,1
UdSSR	1,2	3,1	2,1	2,3	1,9	2,2	1,1	1,8	2,5	2,2	2,5	3,0
RGW(6)	3,8	7,2	5,1	4,9	4,3	4,3	3,7	4,3	5,1	4,6	4,7	5,1
----- Anteil der Bundesrepublik Deutschland am Westhandel der RGW-Länder in vH ³⁾ -----												
RGW(5)	23,4	21,8	24,7	24,8	25,9	26	19,2	22,3	23,8	24,3	23,4	26
UdSSR	10,5	15,0	17,3	19,1	20,7	20	13,2	20,0	17,1	18,9	14,8	15
RGW(6)	17,9	18,4	20,6	21,6	22,7	22	16,5	21,2	20,4	20,7	18,2	18
----- Jährlicher Saldo in Mrd. DM ⁴⁾ ----- Kumulierter Saldo ⁵⁾ in Mrd. DM -----												
Bulgarien	0,0	0,8	0,4	0,5	0,7	0,7	0,0	1,6	3,3	3,8	4,5	5,3
CSSR	0,3	0,5	0,4	- 0,0	- 0,1	- 0,1	0,3	2,9	5,1	5,1	5,1	5,0
Polen	- 0,1	1,8	0,3	0,2	0,0	0,0	- 0,1	5,8	8,7	8,8	8,9	8,9
Rumänien	0,1	0,6	0,3	0,0	0,0	- 0,4	0,1	2,0	3,5	3,5	3,5	3,0
Ungarn	0,0	0,5	0,5	0,4	0,7	0,8	0,0	2,0	4,4	4,7	5,4	6,2
RGW(5)	0,4	4,2	1,8	1,1	1,3	1,0	0,4	14,3	24,9	26,0	27,4	28,3
UdSSR	0,3	3,7	- 0,8	0,4	- 1,6	- 2,0	0,3	7,9	12,3	12,7	11,1	9,1
RGW(6)	0,7	7,9	1,0	1,5	- 0,3	- 1,0	0,7	22,1	37,2	38,7	38,4	37,5
----- Relation von Einfuhr zu Ausfuhr im Osthandel der Bundesrepublik Deutschland -----												
Jahreswerte						Kumulierte Werte ⁵⁾						
Bulgarien	99	23	50	37	41	39	99	48	45	44	44	43
CSSR	69	69	81	100	103	105	69	66	68	72	75	78
Polen	113	45	90	94	99	100	113	53	63	66	69	71
Rumänien	80	62	82	98	99	149	80	71	74	77	79	83
Ungarn	94	64	79	83	75	70	94	68	69	71	72	71
RGW(5)	87	53	81	88	86	89	87	62	66	69	70	72
UdSSR	81	47	111	95	121	121	81	61	74	77	82	87
RGW(6)	85	50	93	91	102	105	85	62	69	72	75	78

1) Europäische RGW-Länder ohne DDR.- 2) Herstellungs- und Verbrauchsländer.- 3) Auf der Basis der RGW-Statistiken (RGW-Länder hier Berichtsländer), d.h. die Ausfuhranteile der Bundesrepublik am Westhandel der Berichtsländer sind in der linken Hälfte, die Einfuhranteile in der rechten Hälfte angegeben. 1982 geschätzt.- 4) Minus = Defizit der Bundesrepublik Deutschland.- 5) Kumuliert ab 1970.- Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie 7, Reihe 1, div. Jahrgänge; Statistische Jahrbücher und Monatsstatistiken der RGW-Länder; Berechnungen des DIW.

**Ausfuhr
der Bundesrepublik Deutschland in den RGW (5)¹⁾
nach Warengruppen 1982²⁾**

Waren bzw. Warengruppen	Ausfuhr	Veränderung 3)	Ausfuhrstruktur	Ausfuhr- gewichte 4)
	Mill. DM		vH	
Ausfuhr, insgesamt	8 856	- 607	100	2,1
darunter: 5)				
Ernährungsgüter	678	- 195	7,7	2,8
Rohstoffe	149	- 54	1,7	2,1
Halbwaren	694	- 215	7,8	2,0
Fertigwaren	7 275	- 137	82,2	2,0
davon:				
Vorerzeugnisse	2 375	- 180	26,8	3,4
Enderzeugnisse	4 900	42	55,3	1,7
Ausgewählte 6) Untergruppen				
Butter	74	- 74	0,8	6,6
Fleisch und Fleischwaren	120	- 58	1,4	4,0
Weizen	103	73	1,2	28,3
Futtermittel	82	1	0,9	2,2
Zellwolle, synthe- tische Fasern	54	2	0,6	5,4
Kunstseide, synthe- tische Fäden	137	1	1,5	4,7
Koks	54	- 53	0,6	3,9
Kraftstoffe, Schmieröle	67	- 1	0,8	0,7
Chemische Halbwaren	170	- 84	1,9	3,9
Gewebe und Gewirke	451	- 16	5,1	5,9
Papier und Pappe	64	- 10	0,7	1,7
Chemische Vorerzeugnisse	1 194	- 90	13,5	3,7
Stahlröhren und wei- tere Eisenwaren	325	13	3,7	1,7
Stab- und Formeisen Eisenblech und -draht	328	- 64	3,7	2,7
Kautschukwaren	70	- 6	0,8	2,1
Maschinen	2 291	- 156	25,9	3,1
darunter:				
Werkzeugmaschinen einschl. Walz- werksanlagen	523	37	5,9	6,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	654	- 10	7,4	1,6
Feinmechanische und optische Erzeugnisse	133	4	1,5	1,7
Chemische Enderzeug- nisse	634	70	7,2	2,8
Fahrzeuge	277	- 5	3,1	0,3

1) Bulgarien, CSSR, Polen, Rumänien, Ungarn.
2) Vorläufige Angaben. -3) Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
4) Anteil an den jeweiligen Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland. -5) Ohne Rückwaren und Ersatzlieferungen. -6) Die Warengruppen repräsentieren 82 vH der Gesamtausfuhr in den RGW(5).
Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Außenhandel, Fachserie 7, Reihe 3.

von 1,5 Mill. t auf 1,0 Mill. t). Die Einfuhr von Steinkohle aus Polen stieg dagegen von 1,2 Mill. t auf 1,9 Mill. t.

Devisenmangel hat die kleineren osteuropäischen Länder veranlaßt, die Importe aus der Bundesrepublik zu reduzieren; sie sanken nominal um 6 vH, real um 10 vH. Seit 1975 ist kein Wachstum der Ausfuhr nach Osteuropa mehr erreicht worden. Vielmehr war der Wert der Exporte 1982 (9 Mrd. DM) um 1 Mrd. DM niedriger als 1974. Wie schwer es den kleineren RGW-Ländern fällt, für ihre Güter in der Bundesrepublik Absatzmärkte zu finden, belegt die längerfristige Entwicklung dieses Handels: Trotz achtjähriger Stagnation der Importe aus der Bundesrepublik konnte noch immer kein Bilanzausgleich erzielt werden. Auch 1982 schloß die Bilanz dieser Länder mit einem Defizit, diesmal in Höhe von 1 Mrd. DM.

Nur Bulgarien hat seine Importe noch erhöht (+ 8 vH); am stärksten zurück gingen die Importe Rumäniens (-40 vH). Die Käufe dieses faktisch zahlungsunfähigen Landes sind heute nicht einmal mehr halb so hoch wie 1979. Dagegen hat Polen seine Einfuhren aus der Bundesrepublik nicht weiter eingeschränkt, ein Ergebnis, das angesichts der prekären Devisenlage dieses Landes überrascht. Offensichtlich hat es sich für deutsche Unternehmen ausgezahlt, daß sie ihre Kontakte zu den Handelsorganisationen dieses Landes weiter gepflegt haben. Der Anteil der Bundesrepublik an den Westimporten Polens ist in den letzten Jahren ständig gestiegen: 1979 betrug er 18 vH, 1982 waren es 23 vH.

Von der Importdrosselung der kleineren RGW-Länder waren alle Hauptwarengruppen betroffen. Bei Maschinen haben Bulgarien, Ungarn und die CSSR ihre Einfuhr zwar geringfügig ausgedehnt; da Rumänien seine Importe jedoch stark reduziert hat, ist im Gesamtergebnis auch in dieser Warengruppe ein Minus von 6 vH entstanden.

Ein bedeutender Absatzmarkt ist Osteuropa nur für die Hersteller von Maschinen, insbesondere für die von Werkzeugmaschinen (Anteil am Gesamtexport: 3 bzw. 6 vH), von chemischen Produkten (3 vH) und von Ernährungsgütern (3 vH).

Insgesamt haben die kleineren RGW-Länder als Handelspartner der Bundesrepublik weiter an Gewicht verloren. Ihr Anteil an den Gesamteinfuhren und -ausfuhr beträgt noch 2,1 vH. Damit hat die Handelsverflechtung mit den Staaten Osteuropas einen neuen Tiefpunkt erreicht.

Negative Folgen einer restriktiven Kreditpolitik

Ende 1982 hatten die RGW-Länder (ohne DDR) bei Banken mit Sitz in der Bundesrepublik einen Schuldenstand (netto) in Höhe von 10,9 Mrd. DM; das waren

Markt. Auf sie entfiel etwa ein Viertel der Ausfuhr in die OECD-Länder. Die Warenstruktur der Einfuhr der Bundesrepublik aus Osteuropa hat sich kaum verändert. Zu registrieren ist lediglich die Entwicklung im Energiebereich: Die Importe von Mineralölprodukten gingen von 0,9 Mrd. auf 0,7 Mrd. DM zurück (Mengen:

etwa 15 vH der Bankkredite, die von der BIZ registriert worden sind. Für die Weiterentwicklung des Osthandels ist die Kreditpolitik der westlichen Banken ein entscheidender Faktor. Dies gilt vor allem für die kleineren RGW-Länder. Die Verschuldung der Sowjetunion ist in diesem Zusammenhang von untergeordneter Bedeutung. Die UdSSR hat z.B. ihre Kredite bei Banken mit Sitz in der Bundesrepublik von 1976 bis 1982 (Jahresende) von 5 Mrd. auf 2,5 Mrd. DM reduziert. Hingegen erhöhten die osteuropäischen Länder von 1976 bis Ende 1981 ihre Schulden von 5 Mrd. auf 9 Mrd. DM. Im vergangenen Jahr konnten sie sie zum ersten Mal um 0,5 Mrd. DM abbauen. Sie haben 1982 für ihren Schuldendienst (Tilgung und Zinsen) gegenüber Banken mit Sitz in der Bundesrepublik etwa 1,3 Mrd. DM aufgebracht.

**Nettoforderungen der Kreditinstitute¹⁾
mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland
gegenüber den europäischen RGW-Staaten²⁾**

	1976	1978	1979	1980	1981	1982
	in Mill. DM					
Polen	3 066	3 959	5 126	5 591	6 527	6 313
UdSSR	4 891	3 998	2 586	2 619	2 955	2 544
Ungarn	820	1 702	1 432	1 461	1 107	844
Bulgarien	669	1 042	966	905	765	692
Rumänien	314	322	502	484	334	337
CSSR	123	168	17	164	138	210
RGW(6)	9 883	11 191	10 629	11 224	11 826	10 940
darunter: 3) RGW(5)	4 992	7 193	8 043	8 605	8 871	8 396

1)Ohne Forderungen der Auslandsfilialen inländischer Kreditinstitute.-2)Ohne DDR, jeweils zum Jahresende.-3)RGW (6) ohne UdSSR.
Quelle: Deutsche Bundesbank: Statistische Beihefte zu den Monatsberichten der Deutschen Bundesbank. Reihe 3, Zahlungsbilanzstatistik.

Fügt man diesem Bild hinzu, daß die osteuropäischen Länder im gesamten Westhandel ihre Importe 1982 zum Teil drastisch kürzen mußten, ohne daß sie die Schulden gegenüber den westlichen Banken nennenswert reduzieren konnten⁸, so wird das Schlüsselproblem der Ost-West-Handelsbeziehungen deutlich. Angesichts der Rezession im Westen und der Wachstumsschwierigkeiten im Osten können selbst bescheidene Verbesserungen der Zahlungsbilanzen nur durch Einfuhrdrosselung erreicht werden. Damit ist bereits jetzt eine Entwicklung in Gang gekommen, die sich wie folgt beschreiben läßt: Rückzahlungsverpflichtungen zwingen zu Drosselungen der Westimporte, dadurch reduzierten sich Wachstumsmöglichkeiten und Exportfähigkeit; der Mangel an Produkten für den Westexport könnte eine regionale Umorientierung auf den Intra-blockhandel erforderlich machen⁹. Dies dürfte weder im politischen noch wirtschaftlichen Interesse des Westens liegen.

Die Europäische Gemeinschaft hat ihre ablehnende Haltung bei den Vertragsverhandlungen mit dem RGW stets damit begründet, man würde durch den Abschluß eines weitreichenden Handelsvertrages den Integrationsprozeß im RGW fördern¹⁰. Eine derartige Wirkung könnte jetzt mit der restriktiven Kreditpolitik erreicht werden.

Es sollte daher in den anstehenden Erörterungen über die „Harmonisierung“ der Kreditpolitik des Westens darauf geachtet werden, daß es nicht zu einer Diskriminierung der RGW-Staaten kommt. Wie dies bisher in der Bundesrepublik der Fall ist, sollten auch in anderen OECD-Staaten künftig Kredite an die RGW-Länder zu Marktbedingungen unter Nutzung der allgemein möglichen Risikoabsicherungen gewährt werden. Wenn die Banken allerdings unverändert auf einer Reduzierung der Nettoverschuldung bestehen, sind ein weiterer Rückgang der Handelsverflechtung mit Osteuropa und die oben angeführten Konsequenzen unvermeidlich.

Bei Anschlußkrediten müssen aber Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit gezogen werden:

- Kredite sollten vorwiegend projektbezogen — und nicht für den Import von Waren für die laufende Produktion — gewährt werden. Die Projekte sollten insbesondere dazu dienen, die Devisenerlöse dieser Länder auf westlichen Märkten zu steigern.
- Um eine hohe Produktivität der Anlagen zu gewährleisten, sollten solche Projekte bevorzugt kreditiert werden, die der Durchführung von längerfristigen Kooperationsmaßnahmen dienen.

⁸ Zwar konnten die kleineren RGW-Länder in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres ihre Schulden bei den der BIZ berichtenden Banken um 4,2 Mrd. US-\$ auf 32,2 Mrd. US-\$ abbauen. Hierbei handelt es sich aber nur zum geringen Teil um echte Tilgungen. Die Kürzung der ausgewiesenen Schulden entstand vor allem durch die Abtretung von Forderungen durch die Banken an Bürgschaftsträger und durch Bewertungsänderung infolge der Dollaraufwertung.

⁹ In diesem Zusammenhang ist die Äußerung des stellvertretenden Ministerpräsidenten von Ungarn, Lajos Faluvegi, von Bedeutung: „Wir bereiten uns darauf vor, die Pläne der sozialistischen Länder für 1986/90 miteinander in Einklang zu bringen. Die Welt hat es uns beigebracht, daß die Möglichkeiten eines Zusammenschlusses höher eingeschätzt werden sollten.“ Hungaropress. Nr. 16/1982, S. 4.

¹⁰ Begründung: Im Gegensatz zur EG hat der RGW als Institution keine generelle Kompetenz zum Abschluß von Handelsverträgen. Die EG strebt daher den Abschluß von Handelsvereinbarungen mit jedem einzelnen RGW-Land an. Mit dem RGW soll nur ein allgemein gehaltenes Rahmenabkommen vereinbart werden. Vgl. Bericht im Namen des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen über die Beziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den osteuropäischen Staatshandelsländern sowie dem RGW (COMECON). Berichterstatter: Ulrich Irmer. In: Europäisches Parlament. Sitzungsdokumente 1982-1983. Dokument 1-531/82.

Darüber hinaus wäre es wünschenswert, wenn alle RGW-Staaten ihre Zahlungsbilanzen offenlegten. Die positiven Beispiele — Ungarn, Polen und Rumänien — zeigen, daß dadurch keine Nachteile für das Berichtsland erwachsen, sondern eher das Vertrauen der Kreditgeber gestärkt wird.

Ausblick

Die ökonomischen Rahmenbedingungen für den Osthandel sind weiterhin ungünstig:

- Die Energielastigkeit der sowjetischen Exporte wirkt derzeit handelshemmend. Ein Rückgang der Ölpreise um 20 vH würde die Exporterlöse der UdSSR im Handel mit der Bundesrepublik um 1 Mrd. DM, im Handel mit allen OECD-Ländern um 3 Mrd. US-\$ reduzieren.
- Die kleineren RGW-Länder müssen auch 1983 eine Verbesserung ihrer Handelsbilanz anstreben, um den Schuldendienst zu finanzieren. Der allgemeine

Zinsrückgang wird hier zwar Entlastungen bringen. Angesichts der immer noch schwachen Weltwirtschaftsentwicklung wird die Nachfrage nach Importgütern aus diesen Ländern aber kaum wachsen, die protektionistischen Tendenzen im Westen nehmen eher zu. Damit werden auch in diesem Jahr Verbesserungen der Handelsbilanzen der kleineren RGW-Länder nur durch weitere Importkürzungen zu erreichen sein.

- Verschuldungsprobleme belasten nicht nur den Westhandel der osteuropäischen Länder. Auch im Handel mit der UdSSR — er hat für viele dieser Länder etwa dasselbe Gewicht wie der Westhandel — müssen diese Staaten in den nächsten Jahren ihre Exporte stärker steigern als die Importe von dort. Dadurch wird das Westexportpotential beeinträchtigt.

Allein schon aus ökonomischen Gründen sind daher 1983 die Chancen für eine Ausweitung des Osthandels gering; wahrscheinlicher ist sogar ein weiterer realer Rückgang.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 – Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,

Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Bauwirtschaft: Nachfrageanstieg setzt sich verstärkt fort. Bearbeitet von Jochen A. Hübener –

Handelsverflechtung mit den kleineren RGW-Ländern auf neuem Tiefstand. Bearbeitet von Jochen Bethkenhagen.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100.–, vierteljährlich DM 30.–, Einzelnummer DM 4.–

Zuzüglich Versandkosten.